

Dieter Braunmüller

Dr. Barbara Elers

Regine Glück

Claudia Himmer

Helmut Püschel

Peter Rauscher

Bernd Sackmann

Reinmar Wipper

Nürtingen, 9. März 2010

Haushaltsrede 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Diskussion der katastrophalen Haushaltslage im Jahr 2010 kann nicht ohne einen kritischen Rückblick auf das Haushaltsjahr 2009 erfolgen. Bereits bei der Einbringung des Haushaltes im Herbst 2008 war die Finanz- und Wirtschaftskrise in vollem Umfang erkennbar. Der Kämmerer sprach von der schwierigsten Finanzkrise seit 1929 und legte dem Gemeinderat nahe, „dass ausgabenwirksame Beschlüsse bis auf weiteres restriktiv gefasst werden sollen“. Auch Herr Oberbürgermeister Heirich bat die Gemeinderäte, „die Spendierhosen zuhause zu lassen“.

Wie in unserer Haushaltsrede für 2009 nachzulesen ist, hatte unsere Fraktion große Bedenken wegen des hohen Planansatzes bei der Gewerbesteuer von 16 Millionen. Wir beantragten den Verzicht auf einen Neubau des Hölderlinhauses mit Kosten von 4,7 Mio. und bemängelten, dass bereits in der GR-Sitzung am 4.11.2008 die geforderte Zurückhaltung nicht befolgt und überplanmäßige Ausgaben von 250.000 Euro beschlossen wurden. Konsequenterweise stimmten wir daher dem Haushalt 2009 nicht zu.

Die geforderte Haushaltsdisziplin ist kräftig daneben gegangen. Unsere Fraktion hat auch in der Folge mehreren Projekten nicht zugestimmt, doch für die Mehrheit des Gemeinderates gab es keine Veranlassung, die von der Verwaltung vorgelegten Beschlussvorlagen abzulehnen oder die Finanzierbarkeit zu hinterfragen. Man wiegte sich in der Sicherheit der beträchtlichen Rücklage von 15,3 Millionen Euro, einem Schuldenstand von Null und der Hoffnung, der erfahrene Kämmerer werde es schon richten.

Die Realität hat uns mit Brachialgewalt getroffen. Wir müssen im Nachhinein erkennen, dass wir im Jahr 2009 über unsere Verhältnisse gelebt haben. Wir hatten nicht den Mut, Wünschenswertes vom Notwendigen zu trennen. Diesen Mut müssen wir nun in diesem und in den nächsten Jahren aufbringen. Wir müssen den Mut haben Projekte zu streichen, zu kürzen, zu verschieben und auch zu hinterfragen. Leider ging dieser Versuch bei der Diskussion um das Rückhaltebecken im Tiefenbachtal mächtig daneben.

Haushaltsdiskussion 2010

Der Vorschlag des Oberbürgermeisters, das diesjährige Haushaltsprozedere auf einen Tag zu verkürzen, weil zum Haushalt 2010 schon alles gesagt sei und „weil wir in diesem Jahr wirklich kein Geld zu verteilen haben“, wurde nicht nur von unserer Fraktion abgelehnt. Wir betrachten dies als eine Geringschätzung des Gemeinderates und seiner Rechte und Pflichten. Die Haushaltsdiskussion wird üblicherweise als das „**Königsrecht des Gemeinderates**“ tituliert. An diesem Recht wollen wir auch in diesem Jahr festhalten, trotz aller bereits erfolgten medialen Berichterstattungen und eines nach den Wünschen der Verwaltung festgezurrten Pakets. Gerade in schwierigen Zeiten ist eine Haushaltsdiskussion wichtig. Die Fraktionen müssen die Möglichkeit haben, ihre Positionen darzulegen. Es geht uns bei den Haushaltsberatungen - egal ob in guten oder schlechten Jahren - nicht darum „Geld zu verteilen“, sondern es geht uns darum, festzulegen, welche Aufgaben und Ausgaben wichtig sind.

Prozesse und Planungen überdenken

Die knappe Haushaltslage zwingt zum kritischen Überdenken sämtlicher Prozesse und Planungen. Zahlreiche Projekte und Veränderungen wurden in den letzten Jahren unter Zeitdruck durchgezogen. Zeit zum Nachdenken und Überdenken gab es selten. Nun wird es zwangsläufig so kommen, wie es der Kämmerer seit 2009 fordert, dass alle noch nicht begonnenen Projekte nochmals auf den Prüfstand müssen und spürbare strukturelle Veränderungen überlegt werden müssen. Zum Teil wurde und wird dies bereits praktiziert, z.B. beim Hölderlinhaus, der Gemeindehalle Raidwangen und der Realschülerweiterung.

In städtebaulicher Sicht gibt es in eine Menge Projekte zum Überdenken. Fehlentscheidungen sind teuer. Viele Städte (z.B. Konstanz, Tübingen, Pfullingen, Nagold, Esslingen) lassen sich bei der Entscheidungsfindung von einem **Gestaltungsbeirat** beraten. Es handelt sich hierbei um ein unabhängiges Sachverständigengremium, das sich aus Experten aus verschiedenen Bereichen (Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung und Bauingenieurwesen) zusammensetzt. Wir betrachten einen solchen Beirat auch für Nürtingen als sehr sinnvoll und beantragen die Einstellung eines entsprechenden Haushaltstitels in 2010 von ca. 10.000 Euro.

Stadtentwicklung

Der Große Forst

Das Hochregallager der Firma Boss scheint nach allgemeiner Einschätzung definitiv der Vergangenheit anzugehören. Die Akten können jedoch nicht so sang- und klanglos geschlossen werden, ohne die aus dem Jahre 2008 bestehende **Forderung gegenüber der Firma Boss von 569.000 Euro** abzurechnen. Am 8.7.2008 hat der Bauausschuss und in Folge der Gemeinderat mehrheitlich beschlossen, eine Teilerschließung des Großen Forsts als Vorwegmaßnahme für den 2. Bauabschnitt der B 313 zu genehmigen. In der Darstellung des Sachverhaltes heißt es: „Im Falle, dass die Hugo Boss AG aus eigenen Gründen nach dem

Satzungsbeschluss, den Standort Nürtingen nicht weiter verfolgt, wird vorher vertraglich festgelegt, dass die Hugo Boss AG die Baukosten und Nebenkosten für diese Baumaßnahme übernimmt. **Die Zustimmung der Hugo Boss AG liegt vor.“**

Wir fordern die Verwaltung auf, die Hugo Boss AG zu veranlassen, ihren vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen.

Wie geht es weiter? Um Haaresbreite sind wir einer Versiegelung des Großen Forst mit nicht auszudenkenden Folgen entronnen. Unsere Fraktion spricht sich weiterhin dafür aus, dass der Große Forst als landwirtschaftliche Nutzfläche erhalten bleibt. Wir fühlen uns dabei durch die Meinung in der Bürgerschaft, durch das Bürgerbegehren und durch das Gemeinderatswahlergebnis bestätigt.

Die Diskussion um den Großen Forst kann ohne bürgerschaftliche Mitwirkung nicht entschieden werden. Unsere Fraktion hat dieser Einsatz bisher einen fünfstelligen Betrag gekostet. Wir sind zuversichtlich, dass unser **Widerspruch beim Verwaltungsgericht Stuttgart** gegen die Ablehnung des Bürgerentscheids positiv entschieden wird. Diese Hoffnung haben wir auch bei dem vor dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim anhängigen Normenkontrollverfahren gegen den Bebauungsplan.

Die Aussage des OB in seiner Haushaltsrede, dass Gewerbeflächen deshalb ausgewiesen werden müssen, weil in den nächsten Jahren mit einem massiven Abbau von gewerblichen Arbeitsplätzen in unserer Region und in unserer Stadt zu rechnen sei, ist nicht schlüssig. Es gibt keinen Automatismus, dass wegfallende Arbeitsplätze durch Flächenbereitstellung kompensiert werden können. Das Überangebot an Gewerbeflächen in unserer näheren Umgebung und zahlreiche Industriebrachen beweisen, dass diese Gleichung bisher nicht aufgegangen ist. Im Übrigen verweisen wir auf die noch vorhandene Flächenreserve in der Bachhalde.

Wohnpark oder Stadtpark

Aus unserer Ablehnung des Wohnparks Wörth bei der Steinachmündung haben wir bisher keinen Hehl gemacht. Unsere Forderung lautet: **Stadtpark statt Wohnpark**. Wir wollen dieses einmalige innenstadtnahe Gebiet für alle Bürgerinnen und Bürger bewahren. Diese Chance wollen wir im wahrsten Sinn des Wortes nicht verbauen lassen. Eine grundsätzliche Neugestaltung des Neckar- und Steinachufers wird sich ohnehin als Folge der nun vorliegenden neuen Hochwasserschutzkarten für den Neckar und die Steinach ergeben, die beträchtliche Dammerhöhungen mit sich bringen werden.

Die Anlage A 14 weist bei der Darstellung des Sanierungsgebietes Wörth einen Ausgabenbetrag von 805.000 Euro aus, der den Grundstückserlösen von 1.575.000 Euro gegenüber gestellt wird. Bei den Ausgaben ist eine Rückzahlungsforderung von zuviel erhaltenen Zuweisungen von 540.000 Euro ausgewiesen. Dieser Betrag ist erklärungsbedürftig, da die Stadt in den letzten Jahren für Erwerb, Abbruch der Gebäude,

Ordnungsmaßnahmen und Planungskosten mehr als 1,5 Mio. Euro für das Wörth-Gelände aufgewendet und somit dem Förderrahmen entsprochen hat. Wir stellen daher die Frage, ob sich durch den **Verkauf einer kleineren Fläche** der Rückzahlungsbetrag vermindert.

Güterbahnhofgelände

Ernüchterung ist auf dem Güterbahnhofgelände eingeleitet. Der von der Bahntochter Aurelis geplante Einkaufsmarkt wird von der Investorengruppe nicht mehr weiterverfolgt, weil es zu wenig Interessenten gibt. Wir sind erleichtert! Der geplante Einkaufsmarkt hätte der Innenstadtentwicklung geschadet. Wir halten diesen Platz nach wie vor **für die Belange des öffentlichen Nahverkehrs sehr wichtig**. Immerhin stellen dort täglich etwa 200 Bahnbenutzer ihre Fahrzeuge ab. Die Kurzparkplätze, Taxistände und Fahrradabstellplätze sind ebenso ungeordnet, wie die ca. 200 Abstellplätze der Bahnkunden. Dies muss dringend verbessert werden. Zu prüfen wäre, ob der Busbahnhof ebenfalls auf dieses Gebiet verlagert werden könnte. Wir regen daher die Aufnahme von Verhandlungen mit der Firma Aurelis an mit dem Ziel, diese für unsere Stadtentwicklung wichtige Fläche pachtweise oder käuflich zu erwerben.

Wohngebiet Gänslesgrund

Für das geplante Wohngebiet Gänslesgrund wurde die Baulandumlegung beschlossen. Von den Grundstückseigentümern wurden der Stadt Grundstücke im Wert von 800.000 Euro angeboten. **Wir lehnen den Ankauf dieser zusätzlich angebotenen Flächen durch die Stadt ab**. Dies wurde so auch im 2. Entwurf der Haushaltsplanung vom 27.10.2009 aus finanziellen Erwägungen festgelegt. Wir halten dies für sinnvoll, da die Stadt diesen Betrag voll finanzieren müsste und zudem das Verkaufsrisiko zu tragen hätte. Wir beantragen, dass die Stadt von dem Erwerb von zusätzlich angebotenen Flächen Abstand nimmt.

Kreuzkirchpark

Seit vier Jahren ist der Kreuzkirchpark unvollendet, weil man sich mit der Grundkonzeption nicht im Klaren ist. Für die Neugestaltung wurde im Haushaltsplan 2008 ein Betrag von 500.000 Euro eingestellt. Wir mussten nun überraschend feststellen, dass der mit GR-Beschluss vom 12.05.2009 gebildete Haushaltsrest von 2008 über 490.234,83 Euro **im aktuellen Haushaltsplan nicht mehr enthalten** ist. Wir beantragen, dass für die Fortführung der Planung und deren Realisierung ein Betrag von 200.000 Euro eingestellt wird.

Biogasanlage

Nach wie vor stehen wir zum Standort der geplanten Biogasanlage im Großbettlinger Gatter. Sofern die Prüfverfahren positiv beschieden und berechtigte Bedenken ausgeräumt werden können, werden wir unsere endgültige Zustimmung von der Wirtschaftlichkeitsberechnung abhängig machen.

Kultur und Soziales

Realschulerweiterung

Die Realschule muss erweitert werden. **Ein Baubeginn Ende 2010** scheint momentan realistisch zu sein. Eingestellt sind 300.000 Euro für 2010 und ein Betrag von 2 Mio. Euro für 2011. Dennoch muss das Vorhaben erneut auf den Prüfstand. Bauliche Optimierungen sollten Einsparungen verschaffen. Auch die Ausstattung muss sich an ihrem Wirkungsgrad und ihrer Nachhaltigkeit messen lassen. Nicht immer ist das Teure auch das Beste.

Keine Kürzung der Zuschüsse

Der im Haushaltsentwurf ausgewiesenen 10%igen Kürzung bei Mitgliedsbeiträgen, Zuweisungen und Zuschüssen (vgl. Anlage A 7) stimmen wir nicht zu. Die Kürzungen führen zu extremen **Härtefällen und Ungleichbehandlungen**. In der Fußnote zum 2. Entwurf des VWH vom 27.10. heißt es, dass pauschale Kürzungen von 10 % bei gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen, z.B. Personalkosten nicht vorgenommen werden. Diese Vorgabe wurde in zahlreichen Fällen nicht umgesetzt. Wir verweisen hierzu auf weitere Begründungen in unserem Antrag.

Stadtkapelle in die Musikschule eingliedern

Der Zuschuss von jährlich 30.000 Euro für die Stadtkapelle ist beträchtlich. Es stellt sich die Frage, ob die Stadtkapelle weiterhin als Verein geführt werden soll. In anderen Städten wie etwa Aalen, Trossingen oder Ravensburg ist die Stadtkapelle ein Element der städtischen Musikschule. Wir können uns in Nürtingen die gleiche Struktur vorstellen. Wenn überdies in der Stadtkapelle die Musiklehrer der Musikschule mitwirken, würden sich zweifellos auch die Möglichkeiten des Orchesters erhöhen.

Keine Benachteiligung der alternativen Kultur

Nicht nur die angespannte Haushaltslage, auch grundsätzliche Überlegungen führen unsere Gedanken zur Nürtinger Kultur weiter als seither. Unsere Stadt fördert vornehmlich die bürgerliche Kultur, also das, was gut verständlich, allgemein akzeptiert und leicht fassbar ist. Abonnementtheater, Meisterkonzert, Opern Air, Gitarrenfestival, Chagall und Mirò auf engstem Ausstellungsraum sind aber nicht alles. Nürtingen hat aus eigener Kraft mehr zu bieten.

Kultur bedeutet Pflege der Tradition und des Fortschritts gleichermaßen. Die kulturellen Aktivitäten der Kirchen, der Vereine, der Schulen, der privaten Träger und einzelner Initiatoren formt unsere städtische Kultur gleichwertig neben den städtisch dick gesponserten Angeboten. Nicht selten muss von diesen eine Förderung geradezu erbettelt werden! Diese Vielfalt gehört gleichermaßen gefördert wie die etablierten Angebote. Die Stadtverwaltung muss unzensuriert, ohne Bevorzugung und ohne Benachteiligung koordinieren und fördern.

Informationen zur „Spätromischen Dekadenz“

Die Dimension des Sozialen für heute und die Zukunft wird erst deutlich, wenn man sich einige Zahlen genauer betrachtet. So stieg das Privatvermögen so an, dass 1998 10% der Haushalte 50 % des Privatvermögens besaßen, während 2008 diese 10 % bereits auf 60 % des Privatvermögens kamen. Von 1960 bis 2007 stieg hingegen die Steuer- und Abgabenlast der lohnabhängigen Beschäftigten von 16 % auf 36 %, die der Unternehmen sank hingegen von 23 % auf 11 %. Bei den Massensteuern, das sind Lohnsteuer, Mehrwertsteuer und Mineralölsteuer gab es einen Anstieg von 38 % auf 70 %. Die Unternehmenssteuern und Vermögenssteuern sanken von 28 % auf ganze 8,5 %. Auch wurde der Spitzensteuersatz von 53 auf 42 % gesenkt. Hier kann man wahrlich von „spätromischer Dekadenz“ sprechen, die Armen werden ärmer und die Reichen werden reicher und die Armen finanzieren dabei immer mehr die Staatsausgaben.

Gebührenfreiheit in Kindergärten als langfristiges Ziel

Die bereits vorab beschlossene Erhöhung der Kindergarten- und Kinderbetreuungsgebühren hat nicht unsere Zustimmung gefunden. Langfristig muss sichergestellt werden, dass Gebührenfreiheit hergestellt wird. Ziel muss es sein, Bildung und Erziehung von Geburt bis zum Ende der Schulpflicht generell gebührenfrei zur Verfügung zu stellen. Das können sich nicht nur sogenannte reiche Städte leisten. Maßgabe dafür ist Verantwortung, in unser wichtigstes Kapital zu investieren – in unsere jungen Menschen.

Die in großer Eile vorgenommene Gebührenerhöhungen führten zu einer weiteren sozialen Schieflage. Die einkommensschwächeren Haushalte müssen prozentual fast das Doppelte bezahlen wie die einkommensstärkeren Familien. Wir beantragen, dass die Gebühren für die Kindergärten und Kindertagesstätten sozialgerecht überarbeitet werden. Dies sollte in einer Arbeitsgruppe bestehend aus Elternbeiräten, Erzieherinnen, Vertretern von Sozialverbänden und evtl. weiteren fachkundigen Bürgerinnen und Bürger geschehen.

Verbesserung der Tarifstruktur des ÖPNV

Wir beantragen ein Diskussionsforum, das sich über die Tarife im ÖPNV Gedanken macht. Die Fahrpreise sind so zu gestalten, dass der ÖPNV für mehr Menschen attraktiv und bezahlbar wird. Wir streben an, dass für Fahrten innerhalb des gesamten Stadtgebietes nur ein Euro zu entrichten ist.

Verkehr

Radwegplanung

Wir begrüßen die Initiative der Verwaltung, dass die Nürtinger Bürger zum Radverkehr befragt wurden. Die Auswertung liefert sicher eine gute Planungsgrundlage, welche Radwegprojekte in nächster Zeit kurzfristig angegangen werden müssen und welche langfristig angegangen werden sollen.

Busbeschleunigung

Unsere Zustimmung findet auch die vom Gemeinderat beschlossene Busbeschleunigungsmaßnahme. Von diesem Vorteil konnte sich ein Fraktionskollege und ich letzte Woche in Tübingen überzeugen, als wir einem Bus hinterher gefahren sind und von einer grünen Buswelle profitierten. Dies wird den Busverkehr sicher deutlich attraktiver machen und einige Besucher der Innenstadt bewegen, den Bus zu nehmen. Dadurch kann auf den Bau weiterer Parkplätze verzichtet werden. Das Geld für eine grüne Buswelle ist daher gut angelegt.

Fuhrpark/Carsharing-Mitgliedschaft

Wir beantragen, dass die Stadtverwaltung mit der Carsharing-Organisation „Stadtmobil“ (www.stadtmobil.de, Tel. 0170/3531763), Gespräche führt, ob und in welcher Form sich eine Mitgliedschaft anbietet und lohnt. So lange soll der Kauf des neuen Autos (20.000 Euro) für den Stadtboten verschoben werden. Durch die Eingliederung des Bauamtes ins Rathaus sehen wir darüber hinaus die Möglichkeit weiterer Synergieeffekte für eine Reduzierung des Fuhrparks.

Oberensinger Tunnel

Wir beantragen, dass die 270.000 Euro für den Grunderwerb und die Planung des Oberensinger Tunnels gestrichen werden. Wir halten diese Maßnahme für nicht zielführend und für nicht finanzierbar.

Haushaltswirksame Zusammenfassung unserer Anträge

Unsere Fraktion hat sich mit dem Haushaltsentwurf intensiv auseinandergesetzt.

Mit unseren Haushaltsanträgen möchten wir eine Verbesserung der Haushaltslage für dieses und die folgenden Jahre erreichen.

Einnahmewirksam sind folgende Anträge:

- Geltendmachung der ausstehenden Forderung gegenüber der Firma Boss (ca. 600.000 €)
- Reduzierung des Ansatzes der Bauhofleistungen (100.000 €),
der Unterhaltung von Straßen (500.000 €) und des Fuhrparks (20.000 €)
- Einführung einer Bettensteuer und einer Steuer für Vergnügungsstätten
- Kein Ankauf von Flächen im Gänslesgrund (800.000 €)
- Reduzierung des geplanten Aufwandes
für den Erwerb von sonstigen Grundstücken um 10 % (460.000 €)
- Streichung der Planungs- und Grunderwerbskosten für den Tunnel
in Oberensingen (270.000 €) und der Planungsmittel für den Gerberplatz (50.000 €)

Ausgabenwirksam sind folgende Anträge:

- Bildung eines Gestaltungsbeirates (ca.10.000 €)
- Wiedereinstellung des Planbetrages für den Kreuzkirchpark (200.000 €)
- Keine 10%ige Kürzung bei Mitgliedsbeiträgen, Zuweisungen und Zuschüssen (70.000 €)

Schlussbemerkung

Ich möchte Ihnen nicht verschweigen, dass ich auf einen möglichen Antrag verzichte, der meiner Fraktion nicht und insbesondere dem Autor nicht mehr bekannt ist. Im Internet stieß ich auf einen Vorschlag von Reinmar Wipper aus dem Jahre 2005 mit folgendem Inhalt:

„Einen Tag lang wird in der ganzen Stadt kein Geld ausgegeben.
Das Ersparte wird dem Stadtkämmerer überreicht, mit einem vom
Zeppelin durch die Wolken gezogenen flatternden Riesen-Scheck:
Nürtingen spart.“

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



Dieter Braunmüller
Fraktionsvorsitzender Nürtinger Liste / Grüne

Anlage: Zusammenstellung der Haushaltsanträge

Nürtingen, 9. März 2010

Haushaltsanträge (mit Begründung)

- 1. Wir beantragen, dass die Verwaltung gegenüber der Firma Boss AG die vertraglich festgelegte Kostenübernahme von 569.000 Euro für die Teilerschließung des Großen Forsts geltend macht.**

Am 8.7.2008 hat der Bauausschuss und in Folge der Gemeinderat beschlossen, eine Teilerschließung des Großen Forstes als Vorwegmaßnahme für den 2. Bauabschnitt der B 313 zu genehmigen. In der Darstellung des Sachverhaltes heißt es:

„Im Falle, dass die Hugo Boss AG aus eigenen Gründen nach dem Satzungsbeschluss den Standort Nürtingen nicht weiter verfolgt, wird vorher vertraglich festgelegt, dass die Hugo Boss AG die Baukosten und Nebenkosten für diese Vorwegmaßnahme übernimmt. Die Zustimmung der Hugo Boss AG liegt vor.“

- 2. Wir beantragen, dass bei Mitgliedsbeiträgen, Zuweisungen und Zuschüssen keine 10%ige Kürzung vorgenommen wird (vgl. Anlage A 7). Die Kürzungen belaufen sich auf 71.247,- Euro.**

Die vorgenommenen Kürzungen führen zu extremen Härtefällen und Ungleichbehandlungen bei den Empfängern. Die Kürzungen betreffen u.a. die Förderung der Jugendarbeit (Jugendchöre, Jugendausbildung der Musikvereine, Jugendhausbetrieb, Stadtjugendring, Kinderkulturwerkstatt, Erholungslager usw.) oder soziale Einrichtungen (Kürzungen beim Familienpass, Drogenberatungsstelle, Verein zur Begleitung förderbedürftiger Kinder und Jugendlicher).

In der Fußnote zum 2. Entwurf des VWH vom 27.10.09 heißt es, dass pauschale Kürzungen von 10 % bei gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen, z.B. bei Zuschüssen für Personalkosten, nicht vorgenommen werden. Diese Vorgabe wurde in zahlreichen Fällen nicht befolgt, wie z.B. bei den Zuschüssen für die Kinderkulturwerkstatt, denen vertragliche Verpflichtungen (Kinderhort) und Personalverpflichtungen zugrundeliegen. Eine weitere Ungleichbehandlung entsteht dadurch, dass bei Zuschussempfängern in mietfrei überlassenen Gebäuden der Mietpreis nicht gekürzt wird. Bei den Vereinen mit eigenen Gebäuden erfolgt jedoch eine direkte Zuschusskürzung.

3. Wir beantragen die Bildung eines Gestaltungsbeirates.

Es ist allgemein üblich, dass sich Städte bei der Entscheidungsfindung über städtebauliche Projekte durch einen unabhängigen und neutralen Gestaltungsbeirat beraten lassen. Es handelt sich hierbei um ein unabhängiges Sachverständigen-gremium, das sich meist aus Experten von verschiedenen Bereichen (Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung, Bauingenieurwesen) zusammensetzt. Vergleichbare Beiräte gibt es in Konstanz, Tübingen, Pfullingen, Nagold, Esslingen. Wir betrachten einen solchen Beirat auch für Nürtingen als sehr sinnvoll und beantragen die Einstellung eines entsprechenden Haushaltstitels in 2010 von ca. 10.000 Euro.

4. Wir beantragen die Wiedereinstellung eines Haushaltsansatzes von 200.000 Euro für die Fertigstellung des Kreuzkirchparks.

Die Stadtkämmerei hat dem Gemeinderat am 12.05.09 eine Aufstellung über die noch bestehenden Haushaltsreste aus dem Jahre 2008 vorgelegt. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf 5,6 Millionen Euro. In dieser Summe ist auch ein Betrag von 490.234,83 Euro für die Neugestaltung des Kreuzkirchparks enthalten. Wir gingen davon aus, dass durch den Beschluss zur Bildung von Haushaltsresten dieser Betrag erhalten bleibt.

Im Haushaltsplan 2010 ist der Haushaltsrest für den Kreuzkirchpark nicht mehr enthalten, d.h. der Haushaltsrest wurde offensichtlich in 2009 zweckentfremdet verwendet. Der Gemeinderat wurde davon nicht unterrichtet. Für die dringend notwendige Fertigstellung des Platzes sind keine Mittel mehr vorhanden.

Wir möchten daran erinnern, dass die Verwaltung im Haushaltsplan 2008 ursprünglich einen Betrag von 1 Mio. Euro in Ansatz brachte. Der Gemeinderat einigte sich jedoch einvernehmlich auf einen Betrag von 500.000 Euro. Wir gehen davon aus, dass für die Fertigstellung der Aufenthalts- und Spielfläche ein Betrag von 200.000 Euro ausreichend ist.

5. Wir beantragen die Einführung einer Bettensteuer.

Zum 01.01.2010 ist die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen von 19 auf 7 % abgesenkt worden; ein Erfolg der jahrelangen Kampagne der Hotel- und Gaststätten-Lobby. Bei einem sehr vorsichtig geschätzten Preis von 50 Euro je Übernachtung ist das Steuergeschenk für die Betreiber recht hoch. Da alle Untersuchungen zeigen, dass die Betreiber nicht vor haben, die Einsparung über Zimmerpreise an die Kundschaft weiterzugeben, würde sich die Einführung einer städtischen "Kulturabgabe" nicht auf die Preise auswirken.

Konkret beantragen wir die Einführung einer "Kulturabgabe" an die Stadt Nürtingen in Höhe von 5 % des Preises einer Übernachtung. Das Geld soll den kulturellen und sozialen Einrichtungen der Stadt zugute kommen. Denn kulturelle Einrichtungen machen die Stadt attraktiver für Übernachtungsgäste.

6. Wir beantragen die Streichung der Planungsmittel für die Sanierung des Gerberplatzes von 50.000 Euro.

Im Beschluss vom 13.10.2009 (Vorlage 029/2009/GR) steht, dass mit den vorgelegten Unterlagen (Grobanalyse) die Beantragung zur Aufnahme in das Städtesanierungsprogramm erfolgt. Weitere Mittel für 2010 wurden weder beschlossen, noch von der Verwaltung beantragt. Inzwischen liegt der Verwaltung ein Ablehnungsbescheid über das Sanierungsgebiet "Gerberplatz" vor. Es sind daher vorerst keine Planungskosten aufzuwenden.

7. Wir beantragen, dass die Stadt im geplanten Wohngebiet "Gänslesgrund" keine Flächen von 800.000 Euro von den Grundstückseigentümern erwirbt.

Wir lehnen den geplanten Ankauf ab. Wir verweisen hierzu auf den 2. Entwurf der Haushaltsplanung vom 27.10.2008 (VMH), bei dem von einem Erwerb von zusätzlich angebotenen Flächen im Gänslesgrund aus finanziellen Gründen Abstand genommen wurde. In Anbetracht der Haushaltslage sehen wir keinen Spielraum für diesen Kauf. Da der Erwerb durch Schuldenaufnahme finanziert wird, müsste die Stadt das Verkaufsrisiko über viele Jahre tragen.

8. Wir beantragen eine Abgabe für die Vermietung von Vergnügungsstätten.

Durch die Vermietung von Immobilien an Vergnügungsstätten erzielen Vermieter höhere Mieteinnahmen. Dies wirkt sich negativ auf die Vergleichsmieten aus. Darüber hinaus entstehen der Allgemeinheit Kosten durch Therapien für Spielsucht usw. (vgl. Ntz. vom 16.5.09). Wir beantragen daher, dass die Stadt für Vergnügungsstätten eine Steuer von 3 Euro pro Quadratmeter vermietete Fläche erhebt. Vergnügungsstätten im Sinne dieses Antrags sind: Bordelle und bordellähnliche Betriebe, Glücksspielzentren, Wettbüros.

9. Wir beantragen die Zurückstellung des Kaufs eines PKW für den Amtsboten von 20.000 Euro.

Wir beantragen, dass die Stadtverwaltung mit der Carsharing-Organisation „Stadtmobil“ (www.stadtmobil.de, Tel. 0170/3531763), Gespräche führt, ob und in welcher Form sich eine Mitgliedschaft anbietet und lohnt. So lange soll der Kauf des neuen Autos für den Stadtboten verschoben werden. Durch die Eingliederung des Bauamtes ins Rathaus bestehen ferner Synergieeffekte durch eine Zusammenführung des Fuhrparks.

10. Wir beantragen die Reduzierung des Planansatzes für Bauhofleistungen um 100.000 Euro.

Die Planansätze für die Bauhofleistungen haben sich in den letzten Jahren folgendermaßen entwickelt:

Rechnungsergebnis	Rechnungsergebnis	Plan	Plan
2007	2008	2009	2010
2.963.010 Euro	3.288.198 Euro	3.334.000 Euro	3.430.000 Euro

Gegenüber dem Abrechnungsergebnis von 2007 ergibt sich eine Erhöhung der Plankosten für 2010 von mehr als 16 %. Wir halten für 2010 einen Planansatz von 3.330.000 Euro für vertretbar. Einsparmöglichkeiten sehen wir insbesondere in der Sportplatzpflege.

11. Wir beantragen die Reduzierung des Planansatzes für die Unterhaltung von Straßen und Wegen um 500.000 Euro (vgl. Anlage A 12).

Die Rechnungsergebnisse und Planansätze für die Jahre 2007 bis 2010 stellen sich wie folgt dar:

	2007	2008	2009	2010
Nürtingen	206 000	250 000	350 000	400 000
Hardt	2 600	9 000	9 000	9 000
Neckarhausen	15 300	25 000	25 000	25 000
Raidwangen	7 700	15 000	15 000	15 000
Reudern	7 700	15 000	15 000	15 000
Zizishausen	7 700	15 000	15 000	15 000
Belagererneuerung	300 000	500 000	500 000	800 000
Frostschäden	200 000	200 000	100 000	200 000
Summe	747 000	1 029 000	1 009 000	1 479 000

Wir halten es für zwingend erforderlich, dass auch bei der Unterhaltung von Straßen und Wegen der Rotstift angesetzt wird. Dies ist auch in anderen Kommunen üblich. In Stuttgart hat das Tiefbauamt nur noch 6,5 Millionen Euro zur Verfügung, um Stuttgarts Straßen, Gehwege und Treppenanlagen zu sanieren. Im Vergleich zum Vorjahr wurde der Ansatz um 20 % reduziert.

12. Wir beantragen eine Überprüfung der Rückzahlungsforderung in Höhe von 540.000 Euro von erhaltenen Sanierungsmitteln (Wörth-Gelände) (vgl. Anlage A 14).

Die Anlage A 14 weist bei der Darstellung des Sanierungsgebietes Wörth einen Ausgabenbetrag von 805.000 Euro aus, der den Grundstückserlösen von 1.575.000 Euro gegenüber gestellt wird. Bei den Ausgaben ist eine Rückzahlungsforderung von zuviel erhaltenen Zuweisungen von 540.000 Euro ausgewiesen. Dieser Betrag ist erklärungsbedürftig, da die Stadt in den letzten Jahren für Erwerb, Abbruch der Gebäude, Ordnungsmaßnahmen und Planungskosten mehr als 1,5 Mio. Euro für das Wörth-Gelände aufgewendet und somit dem Förderrahmen entsprochen hat. Wir stellen daher die Frage, ob sich durch den Verkauf einer kleineren Fläche der Rückzahlungsbetrag vermindert.

13. Wir beantragen eine 10 %ige Reduzierung des Gesamtbetrages für den Erwerb von Grundstücken, d.h. von 460.000 Euro.

Aus dem Gesamtbetrag ergeben sich keine Anhaltspunkte für die in Aussicht genommenen Grunderwerbe. Wir beantragen, dass zunächst von einer niedrigeren Summe ausgegangen wird und ggf. eine Nachfinanzierung vorgenommen wird.

14. Wir beantragen die Streichung der Planungskosten (50.000 Euro) und der Grunderwerbskosten (220.000 Euro) für den Tunnel in Oberensingen.

Wir halten den geplanten Tunnel in Oberensingen für nicht zielführend und für nicht finanzierbar. Der Lkw-Verkehr ist bisher noch viel zu wenig betrachtet worden. Es bestehen erhebliche Zweifel, ob ein Großteil der Lkw-Fahrer überhaupt den Tunnel benutzen würde oder ob diese den kürzesten Weg aufgrund des Navigationssystems nehmen.

15. Wir beantragen eine unverzüglich Prüfung, ob die Halle in Raidwangen in zwei Bauabschnitten saniert werden kann.

Im Hinblick auf die energetischen Sanierungsschwerpunkte sollte geprüft werden, ob die zu erneuernde Glasfront auf der Südseite in einer Modulbauweise erstellt werden kann und diese Module dann im 2. Bauabschnitt ergänzt werden könnten. Die neue Fensterfront stellt eine sehr entscheidende energetische Maßnahme dar. Eine weitere Möglichkeit für 2 Bauabschnitte wäre z.B. die Zurückstellung des Küchenbereichs und des Nordtraktes. Da die Unterlagen für die Zuschussgewährung bis zum 31.3.10 beim Regierungspräsidium vorliegen müssen, ist Eile geboten.